

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 26

Artikel: Die Dialektik der friedlichen Koexistenz (III) : Krieg und friedliche Koexistenz bilden eine dialektische Einheit

Autor: J.S.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076879>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Dialektik der friedlichen Koexistenz (III)

Krieg und friedliche Koexistenz bilden eine dialektische Einheit

Trotz der von der Sowjetunion lancierten Weltfriedensbewegung und Koexistenzpolitik versprechen die kommunistische Weltbewegung und die UdSSR weitgehende Hilfe sowohl für die Revolutionen — und Bürgerkriege — in den entwickelten kapitalistischen Ländern als auch für die «Befreiungskriege» in den Entwicklungsländern. Letztere müssen auch nach der Erkämpfung der Unabhängigkeit fortgesetzt werden, da in der sowjetischen politischen Literatur der Begriff des Befreiungskampfes jenem der antiimperialistischen Kriege gleichgestellt wird.

Der «gerechteste Krieg»

Der Bürgerkrieg wird als der «gerechteste Krieg» der Werktäglichen betrachtet. Die Theorie behauptet, es sei eine objektive Gesetzmäßigkeit, dass alle Völker zum Sozialismus voranschreiten; der Übergang zum Sozialismus sei aber ohne Klassenkampf und ohne Revolution — auf friedlichem Weg oder durch Bürgerkrieg — unmöglich. In diesem Zusammenhang ist es charakteristisch, dass sowohl die sowjetische Aggressionsdefinition als auch die marxistisch-leninistische internationale Literatur betonen, dass sich ein fremder Staat in den Bürerkrieg nicht einmischen dürfe. Eine solche Einmischung stelle Aggression dar. (Diese These wurde noch 1963 in der Zeitschrift «Sowjetskoje gosudarstvo i prawo» ausführlich behandelt.) Sogar die Uno sei nicht berechtigt, sich in einen Bürgerkrieg einzumischen, falls es sich um eine interne Angelegenheit handle und keine der Parteien vom Ausland unterstützt werde. Praktisch läuft das auf die Forderung hinaus, dass die unter sowjetischer bzw. kommunistischer Führung angezettelten vereinzelten «sozialistischen» Revolutionen von den Nachbarländern nicht beeinflusst werden können; hingegen betrachten es alle kommunistischen Länder und Parteien als ihre internationale Pflicht, der «Arbeiterklasse», das heißt der marxistisch-leninistischen Partei, zu Hilfe zu kommen.

Laut marxistisch-leninistischer Theorie müsse die kommunistische Weltbewegung gegen den Weltkrieg sein — trotzdem dieser leicht in «sozialistische Revolutionen» übergeht; die sozialistischen Länder seien aber für die Revolution, denn aus dem Kapitalismus gebe es nur einen Ausweg: die sozialistische Revolution.

Der Befreiungskrieg

Das gleiche betrifft auch die «Befreiungskriege» der Entwicklungsländer. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz verbietet nicht den nationalen Befreiungskrieg als Mittel zur Lösung der Gegensätze zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Moralische Gerechtigkeit und juristische Gesetzlichkeit der nationalen Befreiungskriege hätten zur Folge, dass in diesen Kriegen immer der Imperialismus als schuldtragend betrachtet werden müsse. «Der Krieg der unterdrückten Völker für ihre Befreiung, für den Schutz ihrer unveräußerlichen Rechte, ist genau so gerecht, wie die kollektiven Massnahmen der sozialistischen Länder zur Niederschla-

gung der aggressiven und kolonialen Kriege des Imperialismus.»

Laut sowjetischer Stellungnahme bilden friedliche Koexistenz, Befreiungsbewegung, internationaler Klassenkampf eine Einheit, welche zur Entwicklung zum Sozialismus die notwendigen Bedingungen garantiert und zur Vermeidung des Krieges führt, denn der Krieg könne nur durch den Sieg des «Sozialismus» ausgeschaltet werden.

Die chinesische Abweichung ...

Die sowjetische Fachliteratur betont, dass in Fragen der friedlichen Koexistenz selbst im sozialistischen Lager keine Einheit herrsche. Die «Revisionisten» behaupten, dass die friedliche Koexistenz den «zugespitzten» internationalen Klassenkampf gegen die bürgerlichen Länder grundsätzlich ausschließe; sie lehnen jene Auffassung ab, wonach die Koexistenz eine Form des internationalen Klassenkampfes darstelle. Die Dogmatiker — als deren Vertreter vor allem die chinesischen kommunistischen Leiter zu betrachten sind — bezichtigen die UdSSR, durch ihre Koexistenzpolitik die Interessen der Entwicklungsvölker fallen gelassen zu haben. Dazu



2 mal im Namen des Friedens

Oben: «Die Bereitschaft des Friedens.» Friedrich Heiss, «Deutschland zwischen Tag und Nacht», Volk- und Reich-Verlag, Berlin, 1934.

Unten: «Die Sache des Friedens und der Völkerfreundschaft wird siegen.» «Sowjetskaja Rossija», 31. August 1961.



betont aber die sowjetische Fachliteratur in einer für Asien und Afrika gewidmeten Monatszeitschrift: Eine solche Behauptung bildete «eine vorsätzliche Verdrehung des Wesens der sowjetischen Vorschläge über allgemeine und vollständige Abrüstung» und der friedlichen Koexistenz.

... in der sowjetischen Kritik

Im sowjetischen Block wird ausdrücklich betont, dass die friedliche Koexistenz keineswegs die Legitimierung des Imperialismus bedeutete. Vielmehr stelle sie sogar das geeignete Mittel gegen ihn dar. Sie sei ein Beitrag

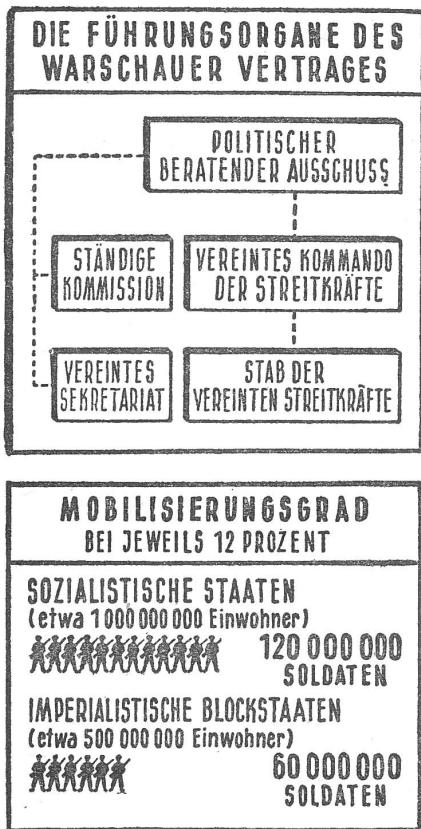
1. zur Festigung der Positionen der sozialistischen Staaten,
2. zur Stärkung der internationalen Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern,
3. zur Erweiterung der antiimperialistischen Bewegung bzw. der nationalen Befreiungsbewegung und
4. zum Sieg der Revolution in vielen Staaten («Kommunist», Nr. 3, 1963).

Internationaler Klassenkampf und Befreiungsbewegung (auch nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit) stellen nach sowjetischer Theorie die vereinzelten Kettenglieder einer weltweiten sozialistischen Revolution dar. Die «Leninsche Revolutionstheorie» sei nämlich die Theorie der sozialistischen Weltrevolution. Diese Theorie setze zur Erkämpfung des strategischen Ziels (Weltkommunismus) verschiedene taktische Mittel ein, sie stütze sich auf die Hegemonie des Proletariates in der Befreiungsbewegung und im internationalen Klassenkampf. Sie sei die Theorie des Hinterwachsens der «bürgerlich-demokratischen Revolution» (im Westen) und des mit einem breiten sozialen Programm verbundenen nationalen Befreiungskampfes (in den Entwicklungsländern) in die «sozialistische» (kommunistische) Revolution.

Die Diktatur des Proletariates sei ein unvermeidbares Übergangsstadium zum Sozialismus, auf welches nirgends, weder in den Entwicklungsländern noch in den entwickelten kapitalistischen Ländern, verzichtet werden dürfe, behauptet die sowjetische Philosophie. Die Wege zur Errichtung der Diktatur des Proletariates seien aber verschieden, sie hängen von Zeit, Ort und Umständen ab. Was den einzelnen nationalen kommunistischen Parteien mehr oder weniger frei zusteht, ist nach dieser These nur die Auswahl des Weges — friedlich oder gewaltsam — zur sozialistischen Revolution.

Wissenschaftliche Untermauerung

In letzter Zeit ist man in der UdSSR und in allen kommunistischen Staaten bemüht, den Angriff gegen die nicht-kommunistischen Staaten durch die friedliche Koexistenz auch dadurch effektiver zu gestalten, dass die juristischen, soziologischen, historischen und politischen Aspekte dieser Politik wissenschaftlich bearbeitet werden. Zu diesem Zweck werden eine grosse Armee von Wissenschaftern und grosse finanzielle Mittel eingesetzt.



Parallel mit der Propagierung der «friedlichen Koexistenz» geht im Ostblock die kriegerische Aufrüstung einher. Seit 8 Jahren sind die europäischen Satelliten unter Führung Moskaus im Warschauer Pakt militärisch zusammengeschlossen. Er ermöglicht es der Sowjetunion insbesondere, Truppen in den einzelnen Volksdemokratien stationiert zu halten. Im kommunistischen Jargon werden die Ostblockkräfte als Friedensmacht der imperialistischen Kriegsmacht gegenübergestellt. (Darstellungen aus «Neues Deutschland» vom 14. 6. 1963.)

Der sowjetische Staatsplan für juristische Forschungen für die Jahre 1963/64 enthält sieben Problemkreise; davon werden vier der Probleme des Gegenwartsrechts, einer der Geschichte des Sowjetrechtes und zwei den internationalen juristischen Problemen gewidmet, wobei die letzterwähnten zur Förderung des betont offensiven Charakters der friedlichen Koexistenzpolitik beitragen sollen.

Eine wichtige Aufgabe der Sowjethistoriker und Philosophen ist es, die Erfahrungen des «sozialistischen Aufbaues» in den zentralasiatischen Unionsrepubliken zusammenzufassen und diese den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. Diese Staaten befinden sich laut sowjetischer Darstellung nämlich jetzt in einem ähnlichen Entwicklungsstadium, wie seinerzeit die erwähnten Sowjetrepubliken. Parallel müssen die Wissenschaften der zentralasiatischen Sowjetrepubliken die Entwicklung der asiatischen Länder studieren. «Die sowjetischen Ostexperten müssen der Erforschung des Ostens, vor allem der Nachbarstaaten, erweiterte Aufmerksamkeit widmen. Die Werke der Ostexperten der Republik (in diesem Falle Usbekistan) müssen dem grossen, edlen Ziel dienen: den Völkern des Ostens in ih-

rem schweren Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit behilflich zu sein», heisst es etwa in einer dieses Jahr in Taschenkant veröffentlichten Studie.

Ahnliche Aufgaben warten auch auf die übrigen Gebiete der Sozialwissenschaften. Aus diesen Einzelheiten kann man mit Recht darauf schliessen, dass der kommunistische Block in den kommenden Jahren seine wühlerische Tätigkeit, welche er «Kampf» nennt, gegen die nichtkommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung unter dem Deckmantel der Politik der «friedlichen» Koexistenz fortsetzen, sogar erweitern wird. Durch die friedliche Koexistenz wird er auch in Zukunft seine strategischen Zielsetzungen tarnen, damit er die Gegner als Kriegsgegner und Feinde des Friedens bezeichneten kann.

Schlussfolgerungen

Zusammenfassend muss betont werden:

1. Die friedliche Koexistenz hat eigentlich mit dem Frieden nichts zu tun, denn sie dient lediglich zur Tarnung einer politischen und ideologischen — falls es notwendig ist, sogar bewaffneten — weltweiten kommunistischen Offensive. Nach sowjetischer Version müssen die sozialistischen Länder im internationalen Klassenkampf «offensive Positionen» einnehmen.
2. Sie stellt der eigenen Aggressionsdefinition entsprechend eine indirekte und ideologische Aggression dar.
3. Sie widerspricht direkt den in der Einleitung und in den Artikeln 1 bis 2 der Uno-Charta verankerten Zielsetzungen sowie den grundlegenden Prinzipien des geltenden Völkerrechtes über Nichteinmischung.
4. Sie stellt für alle nichtkommunistischen Länder eine unmittelbare Bedrohung dar,

da die kommunistische Politik die kommunistische Weltgesellschaft (durch die erwähnten, vereinzelten «sozialistischen Revolutionen») in einem ziemlich nahen Zeitpunkt errichten will. Die kommunistische Weltbewegung, insbesondere die UdSSR, haben schon fertige Theorien dafür, wie die kommunistische Weltgesellschaft und Weltwirtschaft vom «Weltsowjet der kommunistischen Gesellschaft» (welcher von regionalen Konferenzen und letzten Endes von der Weltkonferenz der Volksvertreter auf indirektem Weg gewählt wird) unter der Leitung der Kommunistischen Partei verwaltet wird.

5. Die Tatsache, dass in der Wühlarbeit gegen die nichtkommunistischen Staaten die einzelnen Staaten die kommunistische Partei verschieben, darf niemanden irreführen. Denn im «Sozialismus» sind Partei und Staat miteinander praktisch zusammengeschmolzen: Der Staat wird von der Partei geleitet und kontrolliert.

6. Die propagierten Grundsätze der Politik der «friedlichen Koexistenz» sind nur so weit gültig, bis sich ein Staat dem «sozialistischen Weltsystem» anschliesst. Wie auch die sowjetische offizielle These lautet, kommt den sozialistischen Staaten gegenüber die friedliche Koexistenz nicht zur Anwendung; hier gilt die Politik des «proletarischen» bzw. «sozialistischen» Internationalismus. Im Verhältnis zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien gelten nicht das Verbot der Aggression, die obligatorische Anerkennung der Souveränität, der Selbstbestimmung, das Recht zur nationalen Staatlichkeit und zur Aenderung des Systems — welche im Rahmen der Politik der friedlichen Koexistenz aus propagandistischen Gründen besonders hervorgehoben werden. Jeder Versuch der Volksdemokratie, aus ihrem angeblichen Recht zur Unabhängigkeit und Aenderung des Systems Gebrauch zu machen, wurde von den sich gewaltsam einmischenden Sowjettruppen blutig niedergeschlagen, wie im Juni 1953 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, im Oktober/November 1956 in Ungarn und im Sommer 1956 in Posen. Der Behauptung, wonach die Aggression eine «brüderliche Hilfe» war, widersprechen eine grosse Anzahl von Uno-Resolutionen, welche von keinem kommunistischen Land geachtet wurden, die blutigen Repressalien und die Verschleppung der ungarischen Freiheitskämpfer in die UdSSR.

J. Sz.

Kunst

CSSR

Künstler berufen sich auf Kuba

Die tschechoslowakischen Maler, denen der dauernde offizielle Befehl, sich an den sozialistischen Realismus zu halten, allmählich auf die Nerven zu gehen beginnt, weisen zu ihrer Rechtfertigung nunmehr auf die Verhältnisse in Kuba hin.

Die in Ostrau erscheinende kommunistische Tageszeitung «Nova Sloboda» klagte unlängst darüber, die Verdammung des Abstraktionismus und Formalismus als unnutziger, nicht-progressiver und degenerierter Kunstrichtungen führe lediglich dazu, «dass die Künstler aufstehen und erwiedern, wir sollten doch nach Kuba blicken, wo die Abstrakten Seite an Seite mit den Realisten arbeiten und selbst Tausende

Billig aus chinesischer Serienproduktion.
(«Ljesch»)

